

Sehr geehrte Frau Landrätin,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin ein Kind der Wirtschaftswunderjahre. Zu dieser Zeit gab es alles im Überfluss. Vor ca. 25 Jahren bin ich als gebürtiger Kölner aus dem Ausland wieder nach Deutschland, hier in unsere quasi Hauptstadt Neuss, gezogen. Die Innenstadt war voll von exklusiven Geschäften, und es gab auch Bürger, die sich das leisten konnten. Heute sind die Innenstädte 1-Euro-Meilen. Der Rest der Geschäfte: gähnender Leerstand.

Bei den Haushaltsberatungen früher ging es darum, bei dem Finanzbuffet die Steaks zu verteilen und bei diesen Buffets hat man auch gleich die ganze Welt über Jahrzehnte eingeladen. Dabei beziehe ich mich auf die Milliarden, die ins Ausland geflossen sind und auch weiter fließen...

Heute sitzen wir wieder an diesem Finanzbuffet, dem Kreishaushalt, und jetzt versucht man, aus den noch vorhandenen Krümeln irgendetwas zu konstruieren, um die Bedürfnisse unserer Bürger im Kreis zu befriedigen und die Lebensqualität unserer Bürger im Kreis zu erhalten.

Dabei sind der Fantasie hier in diesem Raum keine Grenzen gesetzt. Der globale Minderaufwand ist beschlossen, ein virtuelles Brötchen, dessen Form, Inhalt sowie Konsistenz – also die Verdaulichkeit – dabei noch offen sind.

Wir können uns Prestigeobjekte nicht mehr leisten und müssen versuchen, uns auf das Wesentliche zu konzentrieren, damit das Leben im Kreis noch lebenswert und sicher ist.

Ich höre hier oft „die Parteien der demokratischen Mitte“. Also räumlich gesehen sitzen wir da doch, obwohl wir da gar nicht sitzen wollen.

Eigentlich sollten wir an den politisch vakant gewordenen Plätzen auf der rechten, konservativen Seite sitzen. Aber eine Mehrheit in diesem Saal und vor allem der sich politisch nach links orientierende Teil ist damit nicht einverstanden.

Wir wurden als drittgrößte Fraktion bei den interfraktionellen Gesprächen nicht berücksichtigt oder besser: ausgegrenzt. Wir bekommen das fertige Resultat präsentiert.

Wir werden als AfD-Fraktion diesem Haushalt nicht zustimmen – und dies aus den folgenden Gründen: Grundsätzlich sind wir gegen den globalen Minderaufwand. Die Höhe spielt dabei keine Rolle. Wenn man den Geist einmal aus der Flasche lässt...

Lassen Sie mich erklären, warum diese Abwägung so ausfällt.

Der Hebesatz der Kreisumlage steigt von 34,9 % auf 35,87 %.

Das ist trotz des Rückschritts der erst beschlossenen Erhöhung auf 37,88 % ein harter Einschnitt für die Kommunen. Was heißt das in der Praxis?

- weniger Spielraum für Schulen, Straßen, Sport, Kultur vor Ort,
- mehr Druck auf Gebühren und Abgaben,
- mehr Frust bei Menschen, die die Rechnung am Ende doppelt zahlen: als Kommunalabgabe und als Kreisumlage.

Und: Die Ausgleichsrücklage ist von 52 Mio. im Jahr 2023 auf minus 4,6 Mio. gesunken und zum Ausgleich muss die allgemeine Rücklage herangezogen werden.

Ein Haushalt, der nur noch funktioniert, bis der letzte Puffer geschrumpft ist, ist kein Haushalt, der beruhigt – sondern einer, der warnt.

Der größte Ausgabenblock bleibt der Sozialbereich – Kosten der Unterkunft, Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Pflege, Integrationsleistungen.

Wir sagen klar: Hilfe für wirklich Bedürftige ist Pflicht. Aber wir sagen genauso klar: Ohne Steuerung wird Pflicht zur Dauerüberforderung.

Und hier kommt die politische Vorgeschichte ins Spiel, die man nicht wegmoderieren kann.

Im Spätsommer 2015 stand Europa in der Flüchtlingskrise unter massivem Druck. In Deutschland wurde damals die Linie geprägt, die sinnbildlich mit einem Satz verbunden ist: „Wir schaffen das.“

Kurz davor und danach folgten Entscheidungen, die die Lage faktisch neu sortierten.

Diese Entscheidungen aus dem Jahr 2015 hatten eine Folge, die heute jeder Kämmerer spürt: Kosten wandern nicht weg. Sie wandern in Haushaltsstellen.

Unterbringung, Sozialverwaltung, Integration, Schule, Gesundheit sowie Sicherheits- und Ordnungsthemen – vieles davon schlägt nicht in einer einzigen Zeile auf, sondern über Jahre verteilt in sehr vielen Einzelpositionen.

Der Satz „Wir schaffen das“ sollte eigentlich lauten: „Ihr schafft das“.

Mit „ihr“ sind die Kommunen, Kreise, Städte und letztendlich die Bürger gemeint.

Auch der Verwaltungsapparat wird teurer: Personalkosten, Sachkosten, Programme, Konzepte.

Die Kernfrage ist: Wo ist der Effizienzgewinn? Wo sind messbare Einsparungen, wo echte Aufgabenkritik?

Der Rhein-Kreis Neuss hat nicht nur ein Einnahmenthema – er hat vor allem ein Ausgaben- und Strukturthema.

Über 70 % sind Pflichtaufgaben: die Landschaftsumlage, Sozialtransfer, Kosten der Unterkunft, Pflegegeld.

Wir finanzieren gleichzeitig alles: die Verlustübernahme des Rheinland Klinikums, Strukturwandel, Wildwasserpark und Fechtzentrum, Sportförderung sowie zahlreiche Gesundheits- und Präventionsprogramme, Image- und Öffentlichkeitsmaßnahmen.

Jedes Projekt für sich mag begründbar sein, aber in der Summe fehlt die politische Reihenfolge.

Was ist jetzt systemrelevant? Wenn die Kreisumlage steigt, wenn Kommunen selbst Haushaltsprobleme haben, wenn Investitionen in Schulen, Straßen und Infrastruktur anstehen: Ist es der richtige Zeitpunkt für Sportgroßprojekte?

Ist es verantwortbar, freiwillige Programme ungekürzt weiterzuführen?

Wir fordern die Konzentration auf:

- soziale Pflichtaufgaben
- Infrastruktur
- wirtschaftliche Stabilität

Zurückstellung oder Überprüfung von:

- Sport- und Großprojekten
- freiwilligen Zuschussprogrammen
- Image- und Repräsentationsprogrammen
- strukturell defizitären Beteiligungen ohne Reformkonzept

Strukturwandel ja – aber mit Effizienz.

Und diese Themen löst man nicht, indem man Jahr für Jahr mehr Geld bewegt, sondern indem man ehrlich priorisiert: Pflicht vor Kür, Wirkung vor Papier.

Wir lehnen den Haushalt ab, weil wir heute nicht über einen idealen Haushalt abstimmen, sondern über ein **Weiter-so!**

Wir lehnen diesen Haushalt nicht ab, weil wir die Probleme verkennen. Wir lehnen ihn ab, weil wir sie sehr klar sehen.

Unsere Erwartungen für die kommenden Jahre sind deshalb eindeutig:

mehr Transparenz bei den Kostenentwicklungen,
mehr Aufgabenkritik statt Automatismen,
mehr Verwaltungsmodernisierung mit messbarer Effizienz,
und mehr Schutz der Kommunen vor immer neuen Belastungen.

Die Kreisumlage darf nicht zum dauerhaften Reparaturinstrument werden.

Die Städte und Gemeinden dürfen nicht die Reservekasse des Kreises sein.

Und die Bürger dürfen nicht immer am Ende die Rechnung für politische Ausweichbewegungen zahlen.

Meine Damen und Herren,

dieser Haushalt ist kein Zukunftshaushalt. Er ist ein Haushalt unter Druck.

Er ist ein Haushalt, der zeigt, wie stark politische Entscheidungen – auch die von 2015 – bis heute in die kommunale Realität hineinwirken.

Wir lehnen ab, weil wir Verantwortung tragen – und weil wir gleichzeitig erwarten, dass der Kreis endlich konsequenter priorisiert, transparenter berichtet und die Kommunen nicht dauerhaft an die Belastungsgrenze bringt.

Zuletzt möchte ich mich im Namen unserer Fraktion bei der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsentwurfs bedanken.

Die Aufstellung eines Haushalts in einer finanziell immer schwieriger werdenden Lage ist keine leichte Aufgabe, und das wissen wir durchaus zu würdigen.

Vielen Dank.